

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

44 (22.2.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerippten Millimeterzeile fasset 12 Zeilen, Gegenüberbelegungen und Stellenangebote 8 Zeilen. Die Resten-Millimeterzeile 60 Zeilen. Der Wiederholung Rabatt nach Zahl der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei gerührter Betreuung und bei Abdruck außer Kraft tritt die Erläuterung und Gerührten. Karlsruhe, D. o. Schickler Verlagsgesellschaft - 100 Zeilen

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,80 Mark, jährlich 14,40 Mark. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelerhalt 10 Pfennig o. Einzelhalt 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Distributionszeit 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, D. Waldstraße 28 o. Fernruf 1020/1021 o. Postfach 3100 - Baden-Durlach, Hauptstr. 9 Baden-Jagdhofstr. 12. Kellert, Reichstr. 2. Offenburg, Republikstr. 9

Nummer 44

Karlsruhe, Montag, den 22. Februar 1932

52. Jahrgang

Eiserne Front kampfbereit

Generalappell der 3000 in der Karlsruher festhalle - Eine imposante und würdige Kundgebung

Massendemonstration und Kampfwille gegen Faschismus

„Wellblechfront“ beipötelten die politisch unzurechnungsfähigen Großsprecher der Nazis und die Scribenten der Nazipresse die Eiserne Front. Auch die Karlsruher, von Großmannsucht geplagten Anbeter des österröschischen Deserteurs und ihr Zentralorgan für alle geistig Unterernährten stimmten und stimmen auch heute noch, wenn allerdings jetzt etwas gedämpft, in denselben Chorus ein. Wenn man die anmaßende Sprache der Naziführer und ihrer Presse verfolgt, so könnte man meinen, in Deutschland existieren nur noch die Hitlerhorden, die Parteien aller politisch vernünftigen und anständigen Menschen seien ausgerottet und die Deutsche Republik wäre ohne Republikaner. Daher wurde auch die Eiserne Front von Hitlerseite als „Wellblechfront“ verächtlich, aber der Zutritt zu dieser „Wellblechfront“ wird den Adressaten in ähnlicher Geseit haben, soweit sie noch zu denken in der Lage sind und ihnen das Denken erlaubt ist, daß die „Wellblechfront“ von undurchsichtbarer Stärke ist bzw. noch werden wird und daß derjenige, der lächelnd von „Wellblechfront“ redet, zur Front der Wellblechschwäger gehört.

Der Appell der Eisernen Front in Karlsruhe am Samstag abend im großen Festhalleaal ist als großer Tag in die Geschichte der republikanischen Bewegung der Landeshaushalt zu buchen. Die Leitung der Eisernen Front hat gerufen und zu vielen Tausenden folgten die Republikaner und Republikanerinnen der Einladung. Schon lange vor 8 Uhr, dem festgesetzten Beginn der Kundgebung, war kein Stuhl mehr zu erhalten, aber immer tam noch weiterer Zutritt und draußen stand außerdem der aktive Teil der Eisernen Front, um sich zum Einmarsch bereit zu halten.

Die Eitetruppe der Eisernen Front marschiert ein

Punkt 8 Uhr leiteten die Marschkommande des Spielmannszuges des Reichstanners ein, die Lüren des Haupteinganges der Festhalle öffneten sich und Schütz, Stäff, ein Teil der Hammerhelfer der Gewerkschaften und Arbeiterportier und marschieren in strammen Schritten in den Saal. Kaum haben die ersten Reihen unserer tapferen Schütz mit Vortrupp den Saal betreten, jetzt wie aus einem Gus ein vieltausendfaches Händeklatschen zum Gruß und als Zeichen gemeinsamen Denkens und ebensolcher Hingabe für das hohe Ideal der Freiheit des Volkes ein. Weitere Abteilungen und die Stäff mit schwarz-rot-goldenen Fahnen folgten, ebenfalls hüben bearbeitet. Die Wogen der Begeisterung des Menscheumeres schlugen immer höher. Jetzt kommt die Abteilung der Hammerhelfer der Arbeiter, Angestellten und Beamtenvereinigungen, einen großen Hammer vorantragend als Symbol der Arbeit, sowie aber auch zugleich als solches des Kampfes und zur Warnung an die arbeitereindliche Salenkreuzspinde, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung - bildlich gesprochen - mit wuchtigen Hammerhieben ihre Feinde niederzuschlagen wird, wenn sie angriffen wollten. Der Einmarsch erhält ein buntes Bild durch die vielen schwarz-rot-goldenen und roten Fahnen. Besonders die Arbeiterportier, die den Hammerhelfer folgen, geben durch die in recht großer Zahl mitführenden roten Fahnen ihr Bekenntnis zum Sozialismus und zur Kampfgemeinschaft mit der Eisernen Front zu erkennen. Die Begeisterung will kein Ende nehmen, das vieltausendförmige Händeklatschen wächst zum reinsten Sturm an, der Einmarsch wird zu einem Erlebnis, das unvergesslich bleibt.

Nun haben auch die letzten Reihen die Eingangspforte passiert, der Einmarsch ist beendet. Leider finden die Teilnehmer keinen Stuhl, ja nicht einmal einen passenden Stuhl, nur der Platz unter dem Podium und das Bierstiel sind noch frei. Nun läßt der Spielmannszug der SA, einen schneidigen Marsch hören, währenddem werden die Fahnen am Hinterende und an den beiden Seiten des Podiums aufgestellt. Ueber dem Podium befindet ein Transparent: „Nieder mit dem Faschismus!“ Ein farbenprächtiges Bild, eine wirkungsvolle Umrahmung der auf dem Podium platzierten Sängerchor des Arbeiterjüngertartells, die den großen Raum befehen; Stuhl an Stuhl in langen tiefen Reihen. So stark war das Arbeiterjüngertartell noch nie vertreten, ein Beweis dafür, daß auch die Arbeiterjünger das volle und arbeitereindliche Treiben und den rüpelhaften Kampf der Salenkreuzer fast haben und sich zur Abwehr der Eisernen Front anschließen. Kapellmeister Dr. Veinz Knöll erreicht den Tatstod, bald erklingt das bekannte Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, stimmungsoll vermittelt, durch den Saal. Die Beifallsstürme ist nicht nur eine Dankesquittung an die Sänger, sondern ein Bekenntnis zur Kampfbereitschaft. „Brüder, das Sterben vollmacht.“ Jawohl, was unsere Arbeiterjünger gelungen, soll wenn die Gegner den gewalttätigen Kampf wollen, Wirklichkeit werden. Tod dem Salenkreuzspindel!

Diesen Gedanken gibt sodann der Leiter der Versammlung, Gen. Koch, in seiner Begrüßungsansprache auch Ausdruck. Mit allseitigem Applaus wird die Mitteilung von der Beschädigung und

dem Ueberleben der Plakate, dieser Lausbubenarbeit des Gefin-dels vom Dritten Reich, vernommen.

Kampfbereitschaft der Organisationen

Als erster Redner betritt

Gen. Schulenburg

im Auftrage der Arbeitergewerkschaften das Rednerpult. Seine Ausführungen sind nicht nur eine Anklage gegen die Todfeinde der Republik und der Arbeiterehrlichkeit, sondern auch ein Schwur, nicht zu rasten, bis die braune Pest, diese Landplage vernichtet ist. Seine zum Ausdruck gebrachte Empörung ist diejenige der ganzen Versammlung. Mit gebührender Schärfe wendet er sich gegen den „Betriebsräuber“ Platner, der die Gewerkschaften erschlagen will und bei dieser Zudarsarbeit nur von den Unternehmern und von den von ihnen gefahren und gebungenen Kreaturen unterstützt wird. Unter dröhnendem Beifall der Versammlung spricht er das Gelöbnis aus, daß die Gewerkschaften gerüstet sind, wenn sich die Hitlerhorden aufmachen sollten, anzugreifen. Sie mögen kommen, an der Eisernen Front werden sie den Schädel anrennen! Wer so den Nord und das Köpferkollern predigt wie die Hitler, der muß gewärtig sein, daß wir, wenn wir angegriffen werden, zu denselben Mitteln greifen wie die Anreiter!

Für die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten (Maf-Bund) tritt

Gen. Basia

das Gelöbnis ab, daß die Angestellten in der Eisernen Front ebenfalls ihren Mann stellen. Die Bildung der Eisernen Front habe Abertausende von Angestellten begeistert, in den Hammerhelfer der Gewerkschaften Schulter an Schulter mit den Handarbeitern zu kämpfen. Der Pfeil, den die Reaktion abfeuern wolle, treffe in das Netz der Reaktion. Es bleibe aber nicht bei dem einen Pfeil, sondern laufende Pfeile liegen bereit. Die Lösung heiße: Für Volksfreiheit, gegen Diktatur. Mit der Eisernen Front müßte das deutsche Proletariat emporgeführt werden zur Freiheit, zur Sonne!

Der reinste Beifallssturm unterbreicht das Gelöbnis des Vertreters der Angestellten.

Den Gruß der Arbeiterportier an die Eiserne Front übermittelt

Gen. Brannath

In kurzen prägnanten Ausführungen verifiziert er die Kampfbereitschaft der Arbeiterportier gegen das faschistische Trommelfeuer und gegen die faschistische Hetzwele, wie sie gegen die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und ihre Presse gerichtet ist. Die Arbeiterportier verpflichten sich, einen gesunden Geist und Körper nicht nur im Interesse der Familie, der Arbeiterklasse und der jungen Republik zu erhalten, sondern die Musterkraft auch anzuwenden in der Eisernen Front im Kampfe gegen die Verderber der Arbeiterehrlichkeit, der Arbeiterkultur und der demokratischen Republik. Redner führte auch lebhaft Klage darüber, daß die Republik den Arbeiterportieren, ihren treuen Stützen, nicht immer die beste Be-

handlung zuteil werden läßt, aber trotzdem werden die Arbeiterportier der Mutter Republik als treue Söhne beistehen und die eiserne Pflicht innerhalb der Eisernen Front erfüllen.

Auch dieses Bekenntnis und Gelöbnis findet stürmischen Beifall. Am Auftrage des Reichstanners spricht

Gen. Stuh.

Er erinnert daran, daß das Reichsbanner schon seit 8 Jahren die Weimarer Verfassung schützt und die Rechte und Freiheiten des Volkes verteidigt, aber nicht immer das nötige Verständnis bei der Regierung findet. Die Aufforderung den Kampf geschlossen und mit aller Wucht gegen die Feinde zu führen, findet tausendfältigen Widerhall. Man habe es jetzt satt, die verkehrten Mordbehe noch länger zu ertragen. Die Abwehr muß so erfolgen, wie wir angegriffen werden. Heiligste Pflicht eines jeden Republikaners ist es, sich einzureihen in die Kampffront, jeder hat an der Stelle zu sein, wenn die Führer rufen. Es geht um das Schicksal der Republik! (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Reichstagsabg. Meier-freiburg zerpflückt die Schwindelpolitik der Nazi

Nachdem sich der Beifall gelegt, betritt

Reichstagsabgeordneter Stefan Meier (Freiburg)

mit Händeklatschen begrüßt, das Rednerpult. Während die Vordredner die Kampfbereitschaft ihrer Organisationen erklären, beschäftigt er sich mit den politischen und wirtschaftlichen Problemen in seinem aufklärenden Referate. Er bezeichnet diejenigen als die Schuldigen der heutigen Not, die Deutschland und Europa durch den Weltkrieg ins Unglück führten. Es gilt, sich gegen das politische Strolchentum aufzuraffen. Er stellt fest, daß diejenigen, welche den Kampf in so gemeiner, verwildeter Form führen, noch nie etwas Positives für Deutschland geleistet haben. Die Gegner der Republik sind auch zugleich die Feinde der Arbeiterehrlichkeit. Hitler ist von einfachen Anstreicher zum politischen Landstreicher geworden. (Bravo!) Wer behauptet, daß Deutschland ohne ökonomische Verluste aus dem Weltkriege entronnen sei, ist ein volkswirtschaftlicher ABC-Schäbe oder ein politischer Schwindler.

Redner fährt sodann vor Augen, daß in allen Ländern eine stärkere steuerliche Heranabhebung stattfindet, was sich besonders die deutschen Spieler merken sollten. Die Feinde der Deutschen Republik führen deshalb einen so gemeinen Kampf, weil sie einen tatsächlichen Kampf nicht führen können. Gen. Meier wendet sich der Stellung der Sozialdemokratie in diesem Kampfe zu und stellt fest, daß die Sozialdemokratie im Zentrum des Kampfes steht, was die Behauptungen der SPD, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse verraten habe, von selbst widerlegt. Der konzentrierte Kampf gegen die SPD, beweist, daß sie den Nationalsozialisten hindernd im Wege steht. Der Kampf der Reaktion ist gerichtet gegen die politischen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterehrlichkeit. Die Nazis haben noch nie einen brauchbaren Vorschlag zur Behebung der Arbeitslosigkeit gemacht. Wenn die Naziagitatoren das Gegenteil behaupten, so sind sie bewußte Schwindler oder gehören in eine Heilanstalt. (Stürmische Zustimmung!) An der heutigen Notlage ist nicht der Marxismus, sondern der Kapitalismus der Schuldige. Diejenigen, die heute so rebellieren, hätten dies 1914 tun müssen gegen das, was geschehen ist. Auch der 14. September 1930 war ein Unglückstag, er hat verschuldet, daß heute so regiert wird. Das Bürgertum will die Lasten des Krieges nicht tragen, sondern auf die Arbeiterehrlichkeit abwälzen. Die Sozialdemokratie mußte für die Notverordnungen, für die sie nicht verantwortlich ist, unter dem Druck der politischen Verhältnisse stimmen, wenn Deutschland nicht politischen Abenteuerern hätte ausgeliefert werden sollen.

Redner befaßt sich sodann mit den außenpolitischen Problemen und beleuchtet die Schwindelabteilungen eingestellter werden müssen und als ihr dahingehender Antrag im Auswärtigen Ausschusse zur Abstimmung kam, da enthielten sich die Nazis der Stimmabgabe. Gleichseitig durfte kein Kasibatt über diesen Unfall berichten.

Am Schluß brandmarkte der Redner die nationalsozialistische Verwahrlosung, ihren hundsgemeinen Kampf, dem nur durch die Eiserne Front erfolgreich begegnet werden kann. Wenn die Nazis den blutigen Kampf haben wollen, so werden wir ihm nicht ausweichen. (Mia, Bravo!) Gewalt gegen Gewalt! Es geht um die Existenz und Freiheit der deutschen Arbeiterehrlichkeit!

Stürmischer langanhaltender Beifall gibt zu erkennen, daß die Versammlung von demselben Willen befeht ist wie der Referent. Wiederum erheben sich die Sänger und bringen Mhmanns „Sturm“ zu Gehör, der vortrefflich wiedergegeben wird und so recht als Abschluß der zum Kampfe aufgerüsteten Veranstaltung paßt.

Ein kurzes Schlusswort des Genossen Koch mit dem dringenden Appell zum Eintritt in die Eiserne Front, die in Karlsruhe bereits 2000 Mitglieder zählt, beschließt den ausgezeichnet verlaufenen Generalappell.



Kabinett Tardieu

Ein nationalistisches Rechtskabinett gebildet

Paris, 21. Februar

Nachdem Painlevé infolge der Obstruktion der Rechtsparteien bei der Kabinettsbildung gescheitert war, wurde Tardieu mit der Bildung der französischen Regierung beauftragt. Tardieu hat dann sehr schnell folgendes Kabinett gebildet:

Ministerpräsident und auswärtige Angelegenheiten: Tardieu, Justizministerium und Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen: Renaud.

Innere Angelegenheiten: Flandin, Finanzen: Flandin, Nationale Verteidigung: Piétri, Öffentlicher Unterricht: Mario Roustan, Pensions- und betriebsliche Gebiete: Champetier de Ribes, Arbeit: Laval, Öffentliche Gesundheitspflege: Baillet, Landwirtschaft: Dr. Chauveau, Handel, Post und Telegraphenwesen: Kellin, Kolonien: Chapsal.

Das Kabinett zählt sieben Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Neu geschaffen wurde das Ministerium für nationale Verteidigung, das die bisherigen Ministerien für Heereswesen, Kriegsmarine und Militärluftfahrt vereinigt. Das Kabinett, dem Laval als Arbeitsminister angehört und in dem Tardieu Minister-

präsident und auswärtiges vereinigt, umfasst dreizehn Minister, sieben Unterstaatssekretäre, unter denen sich ein Sozialrepublikaner, ein Unabhängiger, drei Radikale, sechs Vinsrepublikaner, zwei Mitglieder der Fraktion Bouillon, ein katholischer Demokrat, zwei Mitglieder der Fraktion Maginot und zwei Mitglieder der Fraktion Marin befinden.

Das neue Kabinett wird sich am nächsten Dienstag der Kammer vorstellen. Tardieu beabsichtigt, am Mittwoch wieder nach Genf zurückzukehren.

Das beweist, zumal er das Außenministerium übernimmt, daß sich außenpolitisch nichts ändern wird und daß in der Reparationsfrage ein Frontwechsel vorläufig nicht zu erwarten ist.

Die ernstlichen Bemühungen des Präsidenten der Republik um eine Entspannung haben, wenn nicht alles trügt, dazu geführt, daß der Klitz zwischen links und rechts stark verflinert noch vergrößert worden ist.

Das Kabinett Tardieu wird von den rechtsstehenden großen Nachrichtenblättern mit Freuden begrüßt. Ein Teil der linksstehenden Presse nimmt das Ministerium Tardieu mit Resignation auf. Einige radikale Blätter, vor allem auch der sozialistische Populaire erklären jedoch, daß es sich um ein Kampfbündnis handle und daß der Mehrheit des Senats dieses Ministerium als Herausforderung gelten müsse. Der Kampf der Opposition gegen das Kabinett gehe fort.

Löbe für Hindenburg

Mitna, 21. Febr. (Eig. Meldung.) Auf einer heute von den Organisationen der Eisernen Front veranstalteten Massenversammlung feierte Reichspräsident Hindenburg, zur Frage der Reichspräsidentenwahl, das Zwang und Erkenntnis der Sachlage die SPD. Demgegenüber, von einer eigenen Kandidatur abzulehnen. Es sollte für Hindenburg einstimmen, auch wenn jeder wisse, daß Hindenburg nicht der Kandidat der Sozialisten sei. Hindenburg sei kein Sozialist, sondern General; aber Hindenburg habe seinen der Verfassung von Weimar geleisteten Eid treu gehalten und werde ihn weiter halten.

Grünererlaß soll abgeändert werden

Zu der am Dienstag beginnenden Reichstags-Sitzung, in der das Parlament auch über die Währungsankträge gegen den Gesamtvertrag und gegen einzelne Minister zu entscheiden haben wird, schreibt die Berliner Montagspost: Man rechnet bestimmt mit einer, wenn auch nicht großen, Mehrheit für die Reiterung. Der Versuch, durch ein Währungsnotum gegen Gröner einen Keil in die Front zu treiben, die der Reiterung zur Verfügung steht, ist schon heute als mißlungen. Auch die Sozialdemokratie wird nicht gegen Gröner stimmen. Mißbilligungen, die durch den letzten Reichsmehrheitsentwurf entstanden sind, werden durch eine Interpretation durch den Reichsmehrheitsminister, die in Vorbereitung ist, beseitigt werden. Hier steht ein Frontwechsel bevor.

Reichsfinanzminister Dietrich über die politische Lage

BRN Berlin, 21. Febr. (Eig. Meld.) Der Gesamtvorsitzende der Deutschen Staatspartei trat heute zu einer Beratung über die politische Lage zusammen. Das Hauptreferat hielt Reichsfinanzminister Dietrich. Bei der Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage wies der Minister darauf hin, daß es das A und O der deutschen Politik sein müsse, den Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben und die 33 Milliarden nach Möglichkeit im Jahre sablen zu verwenden, die wir jetzt für Arbeitslosenunterstützung im Jahre sablen müßten. Bei der Erörterung der Finanzlage im Reich, Ländern und Gemeinden sagte der Reichsfinanzminister, es müsse damit gerechnet werden, daß die Bierproduktion von 55 Mill. Hektolitern auf 30 Millionen sinke; beim Branntwein sei zu befürchten, daß der Verbrauch unter ein Fünftel des früheren Gebrauchs herabsinken werde. So bedauerlich vom Standpunkt des Konsumenten die durch den Butterschock eingetretene Verteuerung sei, so müßte auf der anderen Seite etwas getrieben für die häusliche Veredelungswirtschaft. Daß Deutschland nach dem 1. Juli nichts sablen könne, darüber seien sich die Gelehrten einig.

Volkstrauerkündigung in Berlin

Berlin, 21. Febr. Im Reichstagsgebäude veranstaltete heute der Reichstag Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine einmündige Trauerfeier für die Gefallenen des Weltkrieges, an der der Reichspräsident und Vertreter fast aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teilnahmen. Dem Reichspräsidenten wurden beim Verlassen der Feier kirchliche Ovationen dargebracht.

Fürstenrenten und Notzeit

Der sozialdemokratische Geheimgewalt im Ausschuh angenommen

Im Rechtsausschuh des Reichstages erhielt in zweiter Lesung der Initiativgesetzentwurf des Abg. Morum (Soz.) über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Fürsten und den vormals regierenden Fürstenhäusern sowie den Familien der Fürsten folgende Fassung:

§ 1. Die auf Grund von Urteilen, Verträgen, Verträgen oder Landesgesetzen von dem Lande an das vormals regierende Fürstenhaus oder an einzelne Mitglieder desselben oder an deren Rechtsnachfolger oder zugunsten des vormals regierenden Fürsten an Dritte zu entrichtenden wiederkehrenden Leistungen können, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese Leistungen sich zugunsten des Landes wesentlich verändert haben, in Abänderung der Grundzüge der Verordnung vom 24. August 1929 herabgesetzt werden.

§ 2. Ueber das Maß der Herabsetzung entscheidet auf Antrag der Landesregierung eine „Reichsschiedsstelle“ für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern, die in der Besetzung von drei Mitgliedern bei dem Reichsministerium des Innern zu bilden ist. Bereits unabhängige Verfahren geben in dem Zustande, in dem sie sich bei Stellung des Antrages (Abg. 1) befinden, an die Reichsschiedsstelle über. Die Reichsminister des Innern, der Justiz und der Finanzen entwerfen die Reichsschiedsstelle je ein Mitglied.

§ 3. Die Reichsschiedsstelle entscheidet nach Anhörung der Parteien nach billigem Ermessen endgültig.

§ 4. Werden durch die Reichsschiedsstelle Leistungen herabgesetzt, die unmittelbar der Erfüllung privatrechtlicher Verpflichtungen des Berechtigten zu dienen bestimmt sind, so ermäßigen sich nach näherer Bestimmung der Reichsschiedsstelle diese privatrechtlichen Verpflichtungen des Berechtigten in demselben Verhältnis, in dem die entsprechenden Leistungen des Landes eine Minderung erfahren.

§ 5. Das Verfahren vor der Reichsschiedsstelle ist gebühren- und kostenfrei.

Dieser Geheimgewalt wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Außerdem nahm der Ausschuh noch einen Antrag des Abg. Wegmann (Zent.) an, wonach das Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten vom 16. Dezember 1929 einen Zusatz erhält, demzufolge die Zahlung der Aufwertungsbeiträge nicht vor einem bestimmten Termin, spätestens jedoch zum 1. Januar 1935, von den Rentenempfängern verlangt werden kann.

Die irischen Wahlen

BRN London, 21. Febr. Obwohl das Gesamtergebnis der irischen Parlamentswahlen noch nicht vorliegt, ist kaum daran zu zweifeln, daß der Führer der Republikaner de Valera eine Mehrheit über die von Cosgrave geführte Regierungsmehrheit davonträgt. Obwohl de Valera radikales Programm der völligen Loslösung vom britischen Reich nur allzu bekannt ist, so scheint man doch in England vorläufig noch nicht übermäßig belesen zu sein.

Autounfall des Pariser Sowjetboltschaffers

Paris, 20. Febr. Sowjetboltschaffter Demasewski erlitt gestern abend bei Chalons einen Autounfall. Sein Wagen rief mit einem anderen Auto zusammen. Der Boltschaffter trug Kopfverletzungen davon. Der Sowjetboltschaffter, der ihn befehligen wurde im Gesicht verletzt und erlitt außerdem einen Armbruch. Beide wurden in eine Klinik in Chalons übergeführt; ihr Befinden ist zufriedenstellend.

Memel vor Genf

Völkerbund empfiehlt

Saager Gerichtshof-Entscheidung

BRN Genf, 20. Febr. Der Völkerbundrat trat heute vormittag zu Entschneidung des von dem norwegischen Delegierten Colban erstatteten Berichts über den Rechtsbruch im Memelgebiet zusammen.

In dem Bericht Colbans wird festgestellt, daß die Frage sehr verwickelt sei. Der deutschen Behauptung, daß Böttcher zu Unrecht abgelehnt worden sei, siehe die litauische Behauptung gegenüber, daß die Bestimmungen der Pariser Konvention vom 18. Mai 1924 das Recht des Gouverneurs nicht ausschließen, in bestimmten Fällen das Direktorium abzurufen, und daß demnach Böttcher zu Recht abberufen worden sei, weil er sich Befugnisse angeeignet habe, die nur der Zentralregierung zuständen, wodurch er das Statut verletze habe. Wenn auch der Rat seiner Befugnisse Ausdruck geben müsse darüber, daß Litauen bereit sei, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, so müsse man doch sehen, sobald wie möglich Maßnahmen zu treffen, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden. Ein Direktorium müsse eingesetzt werden, das das Vertrauen des Landtags genießt. Im Übrigen sei die Rechtmäßigkeit der Abberufung Böttchers nicht anerkannt, da erst genau die Umstände geprüft werden müssen. Deshalb wird

dem Rat empfohlen, den Saager Gerichtshof anzurufen, andererseits könnten auch die Signatarmächte der Memelkonvention unter sich die genannten Fragen behandeln.

Der deutsche Vertreter, Staatssekretär v. Bülow betonte, daß die Memelfrage ein Gefahrenpunkt in Europa geworden sei. Seit 1926 sei Litauen ein fast ständiger Gast am Ratsisch. Unter Verletzung des Statuts habe die litauische Regierung die memelländischen Abordnungen mit Gewalt von einer Reise nach Genf zurückgehalten, wohl in berechtigter Befürchtung vor einer ungeschwätzigen Darstellung der wahren Lage im Memelgebiet.

Es scheint fast, daß wir uns über den Ernst der Lage täuschen.

Es ist dem Berichterstatter, unterstützt von den hervorragenden Juristen der Signatarmächte offensichtlich nicht gelungen, der Sache Herr zu werden, und das ist nicht seine Schuld. Ich warne dringend davor, sich mit einem solchen Verhalten des Völkerbundesmechanismus und des Memelstatus abzugeben. Es wäre für den Völkerbund fast ebenso niederwertigend wie für die Bevölkerung, die durch das Memelstatut geschützt werden soll. Es würde bedeuten, daß die Memelländer so gut wie rechtlos der Willkür einer ihnen nicht wohlgesinnten Obrigkeit ausgeliefert werden. Sie haben die Möglichkeit, den Fall alsbald vor den Internationalen Gerichtshof im Haag zu ziehen. Von dieser Möglichkeit bitte ich Sie, Gebrauch zu machen.

Der Vertreter Litauens, Jaunius, protestierte dagegen, daß der Vertreter Deutschlands sich im Rate für die memelländische Bevölkerung einsetze. Die Behauptung des deutschen Vertreters, daß Litauen nicht das Vertrauen rechtfertige, das der Rat ausgesprochen habe, greife die Ehre Litauens an.

Der Vertreter Großbritanniens, Londonderry, betonte die Notwendigkeit, daß in Litauen ein verfassungsmäßiges Direktorium gebildet werde, und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß der litauische Außenminister den Vorschlag, beim Saager Gerichtshof ein Gutachten über die Frage einzuholen, nicht angenommen habe. Er werde nicht verziehen, seiner Regierung von der Anregung des Berichterstatters Kenntnis zu geben, daß die Signatarmächte sich mit der Angelegenheit befassen möchten.

Der Vertreter Italiens, Filotti und der Vertreter Japans, Sato, schlossen sich den Ausführungen des englischen Delegierten an, ebenso Paul Boncour, der anregte, daß Litauen es bei der Aufnahme seiner Vorbehalte gegen die Punkte 5 und 6 in das Protokoll bewenden lasse, damit der Bericht als einstimmig angenommen gelten könne.

Jaunius stimmte dieser Anregung zu, worauf der Ratspräsident die einstimmige Annahme der Entschließung Colbans feststellen konnte.

konnte, von den Nazis mit voller Absicht herbeigeführt worden.

Bedenkliche Spannung und blutige Auseinandersetzung

Liebenwerda, 20. Febr. (Eig. Ber.) Die bedenkliche Spannung, die zwischen der Arbeiterschaft des Bodwitzer Industriebezirks und einzelnen Landjägern wegen ihrer nazifreundlichen Einstellung entstanden ist, führte am Freitag zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen es 6 Verletzte gab. Im Liebenwerdaer Schloß die Landjäger auf Arbeiter, die sich am Eingang eines Verlamungshotels aufhielten, in dem eine Nazioversammlung stattfand. Die Arbeiter wurden durch den Ort verfolgt und nicht nur von den Landjägern, sondern auch von den Nazis durch Schüsse verletzt. Die Vorkommnisse wären ohne die laze Einstellung des Landrats nicht zu verzeihen gewesen.

Vor einer Schiebung in Braunschweig

Der deutschnationale Minister Dr. Rüchenthal erklärte am Samstag auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Tielemann, daß Hitler bisher weder Reichratsbevollmächtigter, noch Professor für angewandte Pädagogik geworden sei, noch einen anderen Beamtenposten in Braunschweig erhalten habe. Auf die Frage, ob eine Ernennung oder eine Einbürgerung für die nächste Zeit geplant sei, erklärte Rüchenthal, darüber leider noch keine Auskunft geben zu können. Es ist also damit zu rechnen, daß Hitler demnächst durch eine Schiebung die braunschweigische Staatsbürgerschaft zugesichert werden soll.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag trat heute zusammen. Dabei wurden die Wahlen in den Wahlkreisen Baden-Sachsen und Württemberg-Baden für gültig erklärt.

Deutschschweizerischer Wirtschaftskongress

Die Schweizer Bundesregierung hat eine Verfügung erlassen, demzufolge die Einfuhr deutscher Waren bis auf weiteres vollständig gesperrt worden ist, soweit sie von der Schweiz kontingentiert worden sind, also Holz, Möbel, Textilien, Motorräder, Kleinfelle.

Belgien geht nicht vom Goldstandard ab

Das Belgische Teleg. Büro teilt mit, daß die von einem Börseblatt gebrachte Meldung, Belgien werde vom Goldstandard abgeben, in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Nazihorden überfallen Arbeiterschaft

Eine blutige Straßen Schlacht

Breslau, 20. Febr. (SPD.) In Saarau (Kreis Schweidnitz) kam es am Freitag abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Arbeitern.

Die Nazis hatten eine Betriebszellenversammlung einberufen und dazu die Arbeiterschaft des Ortes eingeladen. Im Verlauf der Aussprache meldeten sich u. a. zwei sozialdemokratische Diskussionsredner zum Wort. Bis dahin war die gut besuchte Versammlung ruhig verlaufen. Plötzlich rückten mehrere Duzend SA-Leute an, die offenbar auf Anruf aus den Braunen Häusern in Schweidnitz und Striegau herbeigeeilt waren.

Aus Wut darüber, daß sie nicht mehr in den überfüllten Saal hineingelassen wurden, warfen die auswärtigen SA-Leute von dranhin die Fenster ein. Daraufhin schoben sich die Landjäger an und die Versammlung auflösen. Der Saal wurde sofort unter großem Lärm geräumt.

Mit dieser Wirkung ihres Vorgehens aber waren die SA-Leute noch nicht zufrieden. Unter Lärm und Toben zogen sie in eine benachbarte Straße, die fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt wird, um dort nach berüchtigtem Braunschweiger Muster eine Strafexpedition gegen die proletarische Bevölkerung durchzuführen. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr. Es entspann sich eine regelrechte Straßen Schlacht.

Dabei wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Die Landjäger, die sich der Uebermacht kaum erwehren konnten, machten von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Ein Nationalsozialist wurde erschossen. Erst ein aus Waldenburg alarmiertes Ueberfallkommando konnte die Ruhe in Saarau wieder herstellen.

Bei den Zusammenstößen wurde auch ein völlig unbeteiligter Brauereiarbeiter getötet, dem mit einem Stein der Schädel eingeschlagen wurde. Insgesamt sollen fünf Schüsse gefallen sein, von denen vier getroffen haben. Zwei Striegauer SA-Leute wurden schwer verletzt in das dortige Krankenhaus eingeliefert. Ein schwerverletzter Reichsbannermann fand im Saarau Krankenhaus Aufnahme. Die Schweidnitzer Staatsanwaltschaft veranstaltet zur Zeit einen Vorkaufstermin, dem der Landrat von Schweidnitz beiwohnt.

Breslau, 21. Febr. (Eig. Ber.) Die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern, die sich am Freitag abend im Anschluß an eine Betriebszellenversammlung der NSDAP in Saarau, Kreis Schweidnitz, abspielten, sind, wie auch von der Landjägererei eindeutig festgestellt worden

Freistaat Baden

So „ehren“ die Nationalsozialisten die Gefallenen des Weltkriegs!

Die SPD hat für den gestrigen Sonntag in Hebingen und Gölshausen zwei Versammlungen mit dem Thema „Nationalsozialismus und Sozialismus“ einberufen, bei denen Gen. Warter Kappe die Rede hielt. Da die Nationalsozialisten Verantwortung über die beiden Versammlungen zu tragen. Das Bezirksamt Bretten hatte ihnen die Genehmigung zu erteilen mit dem Hinweis nach Hebingen verlagert und hatte eine Diskussion in den Versammlungen verboten. Trotz dieser Einschränkungen zog der Führer der SA im Bezirk Bretten, der bekannte Herr Aherle nach Hebingen eine nach mehreren Hunderten zählende Nacht von SA-Leuten aus Bretten, Jägersbach, Gohlshausen, Bahnbrunn u. a. m., um die Versammlung der SPD zu sprengen. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung versuchten die Nationalsozialisten den Aherle zu belästigen. Mit Steinwürfen und Gewalt versuchten sie, sich den Zutritt zu erzwingen. Unter diesen Umständen vereinbarte die Bretterer Schula, die mit Unterstützung von Genossen aus den anderen umliegenden Orten der Saalkreis übernahm hatte, mit dem Versammlungsleiter erschienenen Gendarmenbeamten, daß nur Ortsangehörigen der Zutritt gewährt werde, und die SA-Leuten von auswärts zum Versammlungsbereich ausgeschlossen wurden. Diese Letzteren besetzten nun die Straße vor dem Lokal. Und als Gen. Kappe mit einigen Genossen von Bretten und Ruit in der Nähe des „Adler“ erschien, erhoben sie ein wüthendes Gekrächz. Mit Drohungen, Beschimpfungen und eroberten Stößen drängten die Hunderte auf den Redner und seine Begleiter ein, rempelten ihn an und erschossen ihre Schimpfungen über ihn. In einer vorbildlichen Ruhe und Ueberlegenheit drängten die Beamten der Gendarmerie die fanatisierte Masse zurück, so daß kurz darauf Gen. Aherle, Bretten, die Versammlung eröffnen und dem Redner das Wort erteilen konnte. In der gewöhnlichen sachlichen und behandelnden Weise sprach Gen. Kappe über die Fragen der Hebingen, der Versammlungsleiter, der Wirtschaftskrise; er erbat die Hilfe aller an diesen Fragen die Gegenstände zwischen Nationalsozialismus und Sozialismus heraus, ohne jedoch in irgendwelcher geschlossenen oder verlockenden Weise den Gegner herabzusetzen. So verließ die Versammlung, obwohl die Anderen sich in harter Zahl vertreiben waren, unter ihnen auch Warter Senf-Singelen, in tadelloser Ruhe. In ein „Soch“ auf den Sozialismus und die Republik stimmten am Schluss die Anwesenden begeistert ein.

Zwischen war die SA abgezogen, um sich zu einem neuen Schlag in Gölshausen zu rüsten. Herr Aherle hatte schon sein Stabsquartier im „Eimer“ aufgeschlagen, als der Referent in Gölshausen eintraf. Wieder stellten die Bretterer Genossen den Versammlungsleiter. In großer Eile verließ sich die SA vor dem Lokal, um sich wenigstens hier den Eingang zu erzwingen. Dort der Zurückhaltung der Genossen, die sich durch nichts provozieren ließen und dann dem ausgesprochenen Ordnungsdienst der Gendarmerie, vollzog sich auch hier der Verlauf ganz anders, als die Kräfte der SA wütheten. Während innen im Saal in einer neuen Rede Gen. Kappe den Hörern den „Ausweg aus der Not“ zeigte, den die SPD durch ihre Politik der Verständigung der demokratischen Ueberwindung kapitalistischer Gesellschaft, durch ihre zum Sozialismus führende Wirtschaft und Staatspolitik führt. — Handen sich die SA-Männer drängen auf der Straße in die Hinterhöfe die falschen Fäße grollen und warteten der Dinge die nicht kamen. Denn drinnen bildete sich der Abwehrwille der SA-Mitglieder und der Saucen in der Gegenwart der Gefahren, die vom Nationalsozialismus her drohen, drinnen wuchs der Wille zur Ueberwindung der Gefahren, die dem Nationalsozialismus drohen. In diesem Moment, während die SA sich in Gehüll und Schimpfereien entließ. Gen. Kappe, Gölshausen, konnte die so ausgezeichnet verkaufte Versammlung mit dem Gelächern schließen, das die Arbeiter und Bauern in Gölshausen dem Nationalsozialismus entgegen Widerstand leisten werden.

Nun wird Herr Aherle, wie vor Wochen nach der Rinkinger Versammlung in seinem Bretterer Kennelverblättern eine Siegesnachricht in die erkaunte Welt hinausposaunen. Schließlich hängt ja seine Existenz an solchen Siegen. Wir wünschen ihm noch viele solche! — Er konnte dem Abwehrwille der Arbeiterkraft keinen größeren Dienst leisten, als diesen. Auch die ewigen Sauderer werden nun ein, daß die Eiserne Front heute von jedem sein Dienst und seine Bereitschaft verlangt.

Aber vor allem werden die Stimmungsmäßig zum Nationalsozialismus neigenden Einwohner in Hebingen und Gölshausen sich einen Abschied vor diesen Landstücken des Dritten Reiches gebot haben, denn auch der Gedächtnistag an die Gefallenen nicht heißt es, um Gemaltaten und politische Schlägerereien zu provozieren! Waren nicht die Männer der Eiserne Front! In disziplinierter Gemeinschaft hätte nicht die Gendarmerie vorbildlich ihres Amtes gewaltet, so wäre dieser Sonntag für Hebingen und Gölshausen ein Sonntag des Blutes geworden!

Nazis stören Eiserne Frontversammlung in Lörrach

WEIß, Lörrach, 21. Febr. Die Eiserne Front hatte auf heute nachmittag in der Stadt. Festhalle eine große politische Versammlung einberufen, zu der sich auch zahlreiche politische Gegner, besonders Nationalsozialisten, längst vor Beginn der Versammlung eingefunden hatten. Da es bereits hierdurch zu Auseinandersetzungen in der Festhalle kam, wurden von den kontrollierenden Posten bekannte Nationalsozialisten nicht mehr in das Versammlungslokal eingelassen. Hierdurch kam es zu Reibereien und schließlich entstand in der Halle selbst eine Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, wobei es auf beiden Seiten mehrere Verletzte gab. Die herbeigerufene Polizeiverzärkung räumte den Platz vor der Festhalle, so daß dann die Versammlung ihren Verlauf nehmen konnte. Drei Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Putschgerüchte im Rhein- und Wiesetal

Hohle Phantasien kleiner Ernegerne
Aus Lörrach schreibt man uns:
Die Gerüchte über einen bevorstehenden kommunistischen Aufstand wollen hier nicht verstummen. Man erinnert an die bekannten Exzesse des Herbst 1923 und behauptet, für Ende Februar oder Anfang März ds. Js. sei das Loschlagen geplant. Besonders im Amtsbezirk Schockheim werden solche Gerüchte kolportiert. Was ist nun daran wahr, übertrieben und zusammengebastelt? Denn in der gegenwärtigen Zeit werden leider alle Dummbelben angeblät. Ist die in unserem Gebiete zahlenmäßig immerhin beachtenswerte kommunistische Bewegung in der Lage, einen Putsch zu inszenieren? Wir fragen — nach unserer Kenntnis der Dinge — nein!
Der Ausgang des letzten, schon in den ersten Tagen seines Bestehens förmlich zusammengebrochenen Textilarbeiter-„Streiks“ muß als vollendeter Mißerfolg bezeichnet werden. Wenn bei nahezu 2000 Textilarbeitern im Amtsbezirk Lörrach der kommunistischen Streikfahne gegen 26 Personen folgen. So hat man zu dieser Auflistung immerhin ein Recht! Sogar die kommunistischen Funktionäre haben verfaßt.

Aus aller Welt

Starke Schneestürme in Italien

Napoli, 20. Febr. In der Provinz Avellino in der Gegend von Sannio ist starker Schneefall eingetreten. Die Dächer mehrerer Bauernhäuser sind unter der Last des Schnees eingestürzt. In der Gemeinde Terroni ist kurz vor Beginn der Frühmesse das Dach der Kirche eingebrochen.

Furchtbare Familientragödie

Dömitz (Elbe), 20. Febr. Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich heute früh in der Ortschaft Heidhof. Die Frau des Arbeiters und Hausfrau Sabina war, während ihr Mann sich auf der Arbeitsstelle befand, ihre beiden drei- und neunjährigen Kinder in einen Brunnen, aus dem sie nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Nach der Tat setzte die Frau die Betten in Brand. Die Wohnung brannte vollkommen aus. Seitdem ist die Frau verschwunden. Man vermutet Selbstmord. Der Anlaß zu der furchtbaren Tat ist noch nicht bekannt.

Schlafwagen entgleist

Dresden, 20. Febr. In der Nähe von Goltorf bei Zeitzertal entgleiste heute am frühen morgen ein Schlafwagen des Schnellzuges Prag-Berlin infolge Radreihenbruchs. Personen wurden nicht verletzt.

Selbstmord eines Berliner Ehepaares

Schmerin (Mark), 20. Febr. Der Holzrohändler Wolff aus Berlin-Schmiedendamm, der seit einigen Tagen in seinem Jagdhaus weilte, beging heute vormittag mit seiner Frau einen Selbstmordversuch durch Einnehmen von Gift. Der Ehemann ist tot, die Frau mußte schwer erkrankt im Krankenhaus eingeliefert werden. Der Grund soll in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und in einer schweren Erkrankung der Frau zu suchen sein.

Statistik der Reichspost

Die Deutsche Reichspost hat nach einer jenseits festgestellten Statistik innerhalb des Deutschen Reiches laut Sitzungsabteilung täglich 30 042 000 Briefe (1930: 31 423 000) befördert, nach dem Ausland täglich 1 630 000 Briefe (1930: 1 541 000), aus dem Ausland 815 000 Briefe (1930: 1 038 000); zusammen also täglich 32 672 000 Briefe gegen 34 082 000 Briefsendungen im Jahre 1930. Ferner wurden im Jahre 1931: 218 915 000 gewöhnliche Pakete und unversiegelte Wertpapiere innerhalb des Deutschen Reiches befördert; gegen 243 360 000 Stück im Jahre 1930. Die Zahl der Geldsendungen durch Zahlkarten und Postanweisungen belief sich im Jahre 1931 auf 323 677 000 (1930: 339 790 000). Der im Jahre 1931 eingesabte Gesamtbetrag belief sich auf 20 355 644 000 M. (1930: 23 147 294 000 M.). Die Zahl der Postfachstunden betrug Ende Dezember 1931 1 012 961 (1930: 992 356). Im Jahresdurchschnitt beliefen sich die Guthaben der Postfachstunden auf 523 300 000 M. gegenüber 582 600 000 M. im Jahre 1930. Ingesamt wurden 26 722 000 (1930: 32 883 000) Telegramme befördert und 2 445 013 000 (1930: 2 554 476 000) Telefongespräche vermittelt. Die Zahl der Fernsprechstellen betrug 3 157 657 (1930: 3 248 854).

Bekrafte Verlegung der Devisenordnung

Wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Devisenhandel wurde der 41 Jahre alte verheiratete Effektenhändler Johannes van der Meer von Amsterdam vom Schöffengericht Stuttgart zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten und 150 RM. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden die durch den Devisenhandel in Reichsmark umgetauschten 40 000 RM. beschlagnahmt. Von der Meer ist gemerbmöglicher Effektenhändler und kam zu einem ihm bekannten Möbelhändler nach Stuttgart, mit dessen Hilfe er Devisen im Werte von 56 000 RM. auf der Bank des Möbelhändlers verkaufte und einen großen Teil des hierfür erhaltenen Betrages in bar abhob bzw. auf das Konto des Möbelhändlers übertragen ließ.

Ein Opfer der Gerichtsmaschine

Das ganze Helfenland ist durch den Mord an einer pensionierten Volkbeamtin in Offenbach in Aufregung versetzt worden. Die Ortspresse bringt hierüber an Hand des Polizeiberichts folgende Darstellung:
„Die Ermordete pflegte ihr ganzes Geld mit sich zu führen. Ihr gelametes Geld dürfte etwas über 3000 RM. gewesen sein, wovon der Täter etwa 2000 RM. geraubt haben dürfte. Der Täter muß es sehr eilig gehabt haben, sonst hätte er bestimmt das meiste Geld, über 1000 RM. in Bargeld, sowie Ringe und sonstige Wertgegenstände ebenfalls gefunden und mitgenommen. So hat er sich auf das Papierbild beschränkt. Die Ermordete war bereits seit 1916 in

Offenbach. Sie soll ihr ganzes geldpartes Geld, als sie von Inflation und herantagen Gerüchten hörte, in der Wirtschaftskrise Ende vorigen Jahres bei der Sparkasse abgehoben und stets mit sich herumgeführt haben (eine Annahme, die sich inzwischen als zurettend herausstellte). Die Nachforschungen nach dem mutmaßlichen Täter haben sich bis jetzt als ergebnislos erwiesen.“
Hier wird den Leuten, die in unangebrachter Angstlichkeit ihr Geld zu Hauhe aufbewahren, einmal deutlich vor Augen gerückt, welches Risiko sie durch ihre unsinnige Geldhamkeit eingehen. Ihre eigene Schuld ist es, wenn es ihnen genau so ergeht, wie dieser Frau in Offenbach. Sträflicher Leichtsin ist es, sein Leben so aufs Spiel zu setzen.

Schwere Explosion in Auisig

WEIß, Auisig, 20. Febr. In den Städtischen Steinbrüchen ereignete sich heute vormittag eine schwere Explosion, durch die vier Arbeiter, unter ihnen der Schichtmeister Sortia, getötet wurden. Der Verbandssekretär Berner und zwei Arbeiter erhielten schwere Verletzungen. Die Explosion hatte eine ungeheure Wucht; Fensterheben wurden eingedrückt und die Telefondrähte in der Umgebung zerissen.
Die Erhebungen ergaben, daß hier ein Kachelwerk des Schichtmeisters vorlag. Als heute der Verbandssekretär Berner zur Untersuchung einer Verletzung erschien, steckte der Schichtmeister in selbstmörderischer Absicht und aus Hochachtung 10 Kilogramm Dynamit in Brand.

Der Krieg im Osten

Schwerste Kämpfe um Schanghai

Schanghai, 20. Febr. Der durch Fiegerangriffe auf die Internationalen Truppen eingeleitete japanische Angriff wurde mit heftigem Artilleriefeuer fortgesetzt, das die Chinesen, die ihre Stellungen zu halten, alsbald erwiderten. Zur Zeit ist der Artilleriekampf in vollem Gange.
Schanghai, 21. Febr. Die Beschießung der chinesischen Stellungen durch die Japaner dauerte den ganzen Samstag abend an. Nach einer Feuerpause eröffnete die schwere Artillerie der Japaner am Sonntag morgen (ostasiatische Zeit) wiederum das Feuer.
Die Chinesen leisteten bei Kiangwan heldenhafte Widerstand, dessen Einnahme von den Japanern gestern behauptet, heute aber von ihnen selbst widerrufen wurde. Im Laufe des Sonntags gelang es den Japanern, nur etwa 130 Meter vorzubringen, obwohl sie schwere Artillerie und Tanks eingesetzt hatten.
Schanghai, 21. Febr. General Ueda hat telegraphisch von Tokio die Entsendung einer weiteren Division angefordert.

Bierpreislenkung und Biersteuerlenkung

Kritisch wird aus Berlin mitgeteilt:
Die Verordnung über die Bierpreislenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt und zwar nach Maßgabe der vom Preisministerium erlassenen Ergänzungsvorordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können. Die Reichsregierung hält jedoch im Gesamtmaßstab des Bierpreisproblems auch die Zusage der Beschränkung des Getränkebesteuerungssystems für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Etats dafür ausgesetzt war. Diese Anlässe würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe bestehen bliebe. Aus diesem Grunde ist spätestens am 1. April 1932 eine entsprechende Biersteuerlenkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

In verschiedenen großen Städten des badischen Landes wurde von den dortigen Gastwirtschaftsorganisationen beschlossen, auch im Notlande Baden in den Bierkreis einzutreten, falls nicht in aller Eile eine wesentliche Senkung der untragbaren Biersteuer herbeiführt.
Die Funktionärskonferenz des Berliner Gastwirtschaftsgewerbes beschloß heute, ab Donnerstag den Bierauskunft einzustellen, falls nicht die von der Regierung bis spätestens 1. April in Aussicht gestellte Biersteuerlenkung zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft tritt.

Und erst die AGD. (Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation!) Sie hat weder Mittel noch Leute, um einen solchen immerhin nicht leichten Lohnkampf zu führen. Die um Unterstützung bei der AGD. nachsichenden Streikenden hat man abgemittelt und auf den Weg der Fürsorge verwiesen. Das war den revolutionären Gewerkschaftlern denn doch zu dumm und sie lehnten der AGD. den Rücken. In der Ende Januar stattgefundenen Funktionärskonferenz stellte man sogar fest, daß 35 Bauarbeiter aus der AGD. ausgetreten sind. Der Kredit dieser gewerkschaftlichen Zerstückelungsorganisation ist also im Rhein- und Wiesetal stark im Schwanden begriffen. Und das ist auf so! — Auch die Auffstellung und der Ausbau der so genannten „Autitia“ hat daran nichts geändert.
Dazu kommen innere Streitigkeiten in kommunistischen Kreisen. Es wird viel behauptet, daß er im gesamten Wiesetal bekannte und führende kommunistische Gustav Weichenberger, Weber in Zell, aus der AGD. ausgetreten und sein Amt als Gemeindevorstand niedergelegt hat.
Das und manches andere läßt nicht auf große Stärke und Schlachtkraft der kommunistischen Bewegung schließen. Natürlich werden die Behörden auf der Hut sein müssen. Aber zum Gefahren eines Putsches oder auch nur zum Ausbruch fehlen alle Voraussetzungen. Die klar denkende Arbeiterklasse läßt sich nicht misbrauchen.

Verbot des Anbaues von Amerikanerrebe

Die Pressestelle beim Staatsministerium schreibt:
Nach der zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Bekämpfung der Reblaus vom 6. Juli 1929 erlassenen Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Februar 1932 (in der Fassung vom 7. März 1932) ist mit Zustimmung des Reichsrats der Anbau aller nicht zu den Europäerreben (vitis vinifera und silvestris) zählenden Rebsorten, Rebforten und Rebstockarten verboten worden. Dieses Verbot ist wiederholt in der Veröffentlichung und auch im Landtag erörtert worden. Das Verbot ist erlangen zum Schutze des Obelweinbaues.
Schon im vergangenen Jahre hatte die badische Regierung bei der Reichsregierung Schritte unternommen, um eine Milderung des Verbots für das Land Baden zu erreichen. Gegenüber dieser Vorstellaung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft jedoch darauf hingewiesen, daß der Anbau der Amerikanerrebe vom reblausresistenten Standpunkt aus eine schwere Gefahr für den Weinbau im allgemeinen darstelle, daß es Tafelrebe sei, daß

die Hybriden im Gegensatz zur Europäerrebe Gallenträger seien und daß deshalb ihr Anbau die Gefahr einer plötzlichen sprunghaften Vermehrung der Reblaus außerordentlich erhöhe.
Das Anbauverbot gilt im übrigen nur für den Neuanbau von Hybriden; die vor dem Erlaß des Anbauverbots bestehenden Hybridenanlagen werden von dem Verbot nur betroffen, wenn sie in reblausresistenten Gemachungen stehen. Deshalb können die vor dem Verbot angepflanzten Hybriden bis zu ihrem natürlichen Abgang weiterhin genutzt werden. Da es aber im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, auch diese Hybriden im Laufe der Jahre in eine andere Kultur (Wipfelpflanzung, Europäerwurzeln oder andere gärtnerische oder landwirtschaftliche Kultur) überzuführen, wurden den Ländern leitens des Reiches andere Mittel zur Verfügung gestellt, um denjenigen Hybridenbesitzern, welche ihre Anlagen freiwillig umstellen wollen, die Umstellung zu erleichtern. Diese Reichsmittel sind auch für dieses Jahr ausgelagt. Die Reichsregierung hat aber die Gewährung dieser Mittel davon abhängig gemacht, daß das Anbauverbot streng durchgeführt wird und daß neben der Strafverfolgung die verbiswidrig angepflanzten Hybriden wieder entfernt werden. Dem Verlangen nach einer strengen Handhabung des Verbots haben sich insbesondere auch die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen, deren Weinbauinteressen ebenfalls sehr erhebliche sind, angeschlossen.
Auf neuerliche Vorstellungen der am Hybridenweindbau interessierten Kreise des Landes hat das Bad. Staatsministerium Ende des vergangenen Jahres einen nachmaligen Schritt bei der Reichsregierung unternommen, um eine Milderung in der Durchführung des Verbots wenigstens für Anpflanzungen, welche lediglich zur Gewinnung von Hausstark dienen sollen, zu erreichen. Auch dieser Schritt war erfolglos.
Bei der hiernach gegebenen Lage bleibt für die Landesregierung kein anderer Ausweg, als das Anbauverbot für Hybriden ohne Rücksicht darauf, ob es sich bei einer Neuanpflanzung lediglich um die Bereitung von Hausstark handelt, ausnahmslos durchzuführen. Von der Einsicht der betroffenen Kreise muß angefaßt der vergeblichen Bemühungen der Landesregierung um eine Milderung der reichsgesetzlichen Bestimmungen nunmehr erwartet werden, daß man auch in diesen Kreisen der Durchführung der unvermeidlichen behördlichen Maßnahmen keine Schwierigkeiten mehr bereitet.
Schließlich kann es auch der Regierung nicht zugemutet werden, daß sie durch eine mit zwingenden gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbare Rücksicht auf den verhältnismäßig kleinen Teil der Hybridenpflanzung den weit überwiegenen Qualitätsweinbau des Landes und der angrenzenden Weinbaugebiete anderer Länder in Gefahr bringt.

Gewerkschaftliches

Streikgefahr im Buchdruckereigewerbe

Berlin, 20. Febr. (Sta. Meld.) Der Abend berichtet in großer Aufmachung über eine drohende Streikgefahr bei den Großdruckereien. Im Druckereigewerbe bestehen seit einiger Zeit Differenzen zwischen den Unternehmern und Arbeitnehmern über die Frage, ob der auf Grund der Notverordnung erfolgte Lohnabbau von 12% Prozent auch noch durch den Abbau der überstarristischen Verdienste anerkannt werden solle. Dem Blatt zufolge sollen in einigen Großbetrieben einzelne Arbeiter, die den Abbau der überstarristischen Bezahlung nicht anerkennen wollten, gekündigt worden sein, so beispielsweise bei Scherl, der Verlagsanstalt, der Deutschen Tageszeitung, Langenscheidt, Elsener. Da die übrigen Arbeiter sich mit ihren gekündigten Kollegen solidarisch erklären werden, rechnet das Blatt mit einem Streik. Bei der Firma Elsener habe das Personal heute vormittags bereits eine Versammlung abgehalten und die Firma ultimativ aufgefodert, die Kündigungen zurückzunehmen. Diese Forderung sei von der Firma abgelehnt worden.

Don der KGD

„Es gibt keinen Lohnabbau mehr!“
erklärt die KGD.
Auf der Moskauer Devisenberatung des Zentralrates der Roten Gewerkschaftsinternationale hat der Kommunist Dahlen nach dem Bericht der Roten Fahne wörtlich erklärt: „Was ist das Gesamtergebnis unseres Streikampfes (im letzten Jahr)? Am Anfang ist es uns nicht gelungen, die Lohnsenkung zum Stillstand zu bringen, wir konnten nur das Tempo der Unternehmeroffensive ein wenig aufhalten. Aber dank der Anwendung der richtigen Taktik haben sich (jetzt) die Verhältnisse geändert.“

Wenn nun der Kommunist Dahlen erklärt, daß die KGD jetzt eine „richtige“ Taktik verfolgt und daß sie den Lohnabbau „zum Stillstand“ gebracht hat, so muß es wohl stimmen. Aber es hat sich leider noch nicht überall herumgesprochen. Vor allem nicht in den Unternehmen der SPD.

„Lügenschmurr“ die Waffe der KGD

Vor kurzem berichtete die Berliner Rote Fahne folgendes:
In Kiew fanden kürzlich großangelegte Filmaufnahmen statt, die eine deutsche (1) Hungerdemonstration ganz realistisch darstellten. Die halbe Stadt war verwandelt: An öffentlichen Gebäuden waren Schilder mit deutschen Aufschriften wie „Markthalle“, „Reichsplatz“ usw. angebracht. Diese Säue mit Transparenten durchzogen die Straßen. Auch die „Volkspolizei“ in deutscher Uniform schloß nicht und betätigte sich so, wie wir es alle kennen.
Realistischer Weise beginnt dieser Artikel mit dem Satz: „Wer im Film das wirkliche Leben ohne Lügenschmurr, Zuckerpappe und Hoppsend beiseite will, der muß nach Sowjetrußland gehen.“ awf.

Kleine bad. Chronik

Neuer Brand in den Ramie-Werken Emmendingen
Emmendingen, 21. Febr. Die Ramie-Werke, die erst am 8. Januar durch Brandstiftung für mehrere hunderttausend Mark Schaden erlitten, wurden in der Nacht zum Sonntag von einem neuen, ebenfalls durch Brandstiftung verursachten Brand heimgesucht. Der Schaden beträgt auch diesmal über 100 000 M.

Vom Fuhrwerk überfahren und tödlich verletzt
Klu a. Rh. (Amt Kollnau), 20. Febr. Das fünfjährige Söhnchen des Ernst Meinenburg er geriet unter ein Fuhrwerk und wurde so schwer verletzt, daß es im Karlsruher Krankenhaus starb. Die unglücklichen Eltern haben bereits zwei Kinder durch den Tod verloren.

Es brennt — Wieder im Mehlkirch Bezirk
Mehlkirch, 20. Febr. In der vergangenen Nacht wurde das zusammenhängende Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts und Sattlermeisters Johann Kühle in Enacsowie ein Opfer der Flammen. Kurz nach Mitternacht entstand Feuer, das auch auf das Anwesen des Landwirts und Händlers Gitscher übergriff und dessen Nebelwand beschädigte. Da weitere Gefahr bestand, mußte die Motorpumpen eingeworfen. Der Schaden wird auf etwa 18 000 M. geschätzt. Er ist deshalb besonders empfindlich, weil Kühle in den letzten Jahren zahlreiche bauliche und sonstige Verbesserungen in seinem Anwesen vorgenommen hat, ohne für entsprechenden Versicherungsschutz zu sorgen.

Heidelberg Ein in der Bergheimer Straße wohnender 61-jähriger Mann wurde wegen Heiratschwindels verhaftet. Er hatte ein in der Klinik angestelltes Dienstmädchen um 2000 M. betrogen.
Lands Nachts drangen Diebe durch das Abortfenster in das Geschäft des Kaufmanns Gröhl ein und erbeuteten 2000 Zigaretten und Zigarettens, 250 M. in bar und einige sonstige Wertgegenstände. Von den Tätern fehlt jede Spur.
Konnenweier, Amt Lahr. Beim Holzabfuhren aus dem Lahrer Walde geriet heute nachmittags der 37 Jahre alte Landwirt Karl Ziegler unter seinen schwer beladenen Wagen. Die Räder gingen ihm über beide Oberhälften. Ziegler mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus nach Lahr verbracht werden.
Fremit, Amt Emmendingen. Der Sohn des Kaffeebauers Hartmann, Emmendingen, geriet beim Holzabfuhren unter den Wagen. Er wurde mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht.

Verbotene Übung
Wie aus Heidelberg amtlich gemeldet wird, versammelten sich Anhänger der KPD im Königstuhlgebiet zu einer verbotenen Übung, um sich anschließend in eine öffentliche Versammlung in Gaiberg zu begeben. Eine Anzahl Teilnehmer wurde im Anschluss an die Versammlung von der Heidelberger Polizei festgenommen. Sie wurden dem Schnellrichter vorgeführt.

Ziandesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Todesfälle und Verbiannungslisten. 18. Februar: Walter, alt fünf Jahre, Vater Ernst Weisenburger, Metzger (Au a. Rh.). — 19. Februar: Karoline Hentel, alt 77 Jahre, Witwe von August Senkel, Tel.-Sektretär. Beerdigung am 22. Februar, 11 Uhr. Wilhelm Rüdert, Lesei a. D. Chemann, alt 51 Jahre, Beerdigung am 23. Februar, 13 Uhr. Maria Maas, alt 35 Jahre, Ehefrau von Fidel Maas, Tagelöhner. Beerdigung am 22. Februar, 15.30 Uhr. Jakob Peiter, Feldnermeister, Chemann, alt 72 Jahre. Beerdigung am 22. Februar, 13 Uhr. — 20. Februar: Richard Zimmermann, Oberausführer a. D. Chemann, alt 66 Jahre. Beerdigung am 22. Februar, 16.30 Uhr. Wilhelm Freiburger, fädt. Beamter a. D. alt 75 Jahre. Beerdigung am 22. Februar, 16 Uhr. Karoline Reichert, alt 62 Jahre, Witwe von Ludwig Reichert, Metzgermeister. Beerdigung am 22. Februar, 15 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal

Zigeuner im Gerichtssaal

Ein aufregender Zwischenfall. Der Angeklagte mißhandelt einen Zeugen.

Im Karlsruhe, 19. Febr. Eine dramatische Gerichtsverhandlung erlebten heute die Zuhörer in der Sitzung des Einzelrichters beim Amtsgericht. Angeklagt wegen gefährlicher Körperverletzung war der 24-jährige vorbestrafte Maffier und Karlsruher Julius Reihard ein Zigeuner aus Gagsfeld, der durch Strafgefangnis drei Wochen Gefängnis erhalten und dagegen Einsprüche erhoben hatte. Es wird ihm vorgeworfen, am 4. Mai auf der Landstraße Gagsfeld-Turlach den Zigeuner Witoldas mit einem mit seinem Kollermesser einen Stich am linken Handgelenk beigebracht zu haben. In der Verhandlung sind auch die Eltern des Angeklagten, sowie die Brüder des Verletzten, erschienen, alles unvernünftige Zeugen, deren Anwesenheit im Gerichtssaal eines Aufsehen erregte. Als Zeuge ist der Verletzte und ein Gendarmerechtsbeamtler geladen. Der Vater des Angeklagten nimmt vor der Zeugenbank Aufstellung und greift zeitweise temperamentvoll in die Verhandlung ein.

Die Streitursache war höchst geringfügig: Die beiden Gegner waren schon vorher öfters aneinandergeraten. An dem fraglichen Tage hatte der Angeklagte Holz machen wollen, wobei ihm Weis im Wege stand. Es gab einen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten überging, wobei zum Messer gegriffen wurde. Wer der Angeklagte war, ließ sich nicht feststellen. Der Vater ist mit der Verteidigung seines Sohnes nicht einverstanden. Er macht seiner Meinung über den Fall in bestigen Worten Luft. Es fällt der Ausdruck „Rohrhuber“, der vom Richter gerügt wird: Wenn Sie dahinter nicht stille find, werde ich Sie drei Tage einsperren! Darauf erklärte der Vater mit offenkundig nicht ohne Schadenhaftem Sprössling nicht zufrieden: „Du bist ein rechter Dase, Du Geiß!“
Richter: „Wenn Sie jetzt nicht ruhig sind, werde ich Sie ein.“
— „Gut, sperren Sie mich ein, Herr Amtsrichter, dafür bin ich da.“

Es wird dann der Zeuge Weis hereingerufen, nachdem der Vater des Angeklagten den Gerichtssaal verlassen mußte. Er schildert den Vorang, wie er ihn sieht. Mächtig springt der Angeklagte auf und stürzt sich auf den Zeugen und verletzt ihn, ehe es der eingreifende Polizeibeamte hindern kann, einen Fußtritt. Es entsteht ein Tumult. Ein Polizeibeamter stürzt auf den Angeklagten zu. Die Anklagebank fällt um. Die im Zuhörerraum stehenden Angehörigen der Zigeuner drängen nach vorne und wollen sich an den Tätsächlichkeiten beteiligen. Zwei Polizeibeamte und der Justizwachtmeister haben alle Hände voll zu tun, die Parteien auseinanderzuhalten und eine Keilerei im Gerichtssaal zu verhindern. Der Angeklagte wird nach Raffen durchführt. Ein Taschenmesser wird ihm abgenommen. Die anwesenden Zigeuner im Zuhörerraum werden mit Gewalt aus dem Saal entfernt. Draußen auf dem Gang geht der Spektakel weiter.

Der Anwalt stellt fest, daß beide Gegner sehr aufgeregt und sehr temperamentvoll sind und seit langem Streit miteinander haben. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da nicht festgestellt werden konnte, wer von den beiden Tätern der Angeklagte war. Wegen ungebilligter Benehmens vor Gericht, weil er dem Zeugen einen Fußtritt verleiht, erhielt eine Ordnungsgeldstrafe von 5 Mark und wurde sofort abgeführt. Damit ist jedenfalls verhindert worden, daß die Tätlichkeiten auf der Straße eine Fortsetzung fanden.

Ein betrügerischer Kaufmann

Im Karlsruhe, 19. Febr. Wegen Betrug hat sich vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht (Amtsgerichtsrat Backhoff) der 22 Jahre alte vorbestrafte Kaufmann Bernhard L., wohnhaft in Karlsruhe, zu verantworten. Der Angeklagte, der polnischer Staatsangehöriger ist, befand sich zusammen mit einem Wägherreisenden, der nicht deutsch schreiben kann und dem er die Schreibarbeiten erledigte, von Mitte November bis Januar 1931 auf der Reise. Während dieser Zeit hat er in der Umgebung von Karlsruhe eine ganze Reihe von Bauernleuten und Handwerksleuten betrogen und um 1250 Mark geschädigt. Er sprach bei diesen vor und nahm ihnen einen Teil der zumiel gelieferten Waage zurück, die er auf eigene Faust zu Schleuderpreisen verkaufte. Die Abnehmer der Waagen wurden von der Firma betrogen und mußten dann alles zahlen, was ihnen geliefert worden war einschließlich der Textilwaren, die ihnen der Angeklagte abgenommen hatte; es waren Bekleidungsgegenstände im Werte von rund 400 Mark. Des weiteren hat er bei einer Reihe Kunden dieser Wägherfirma vorgesprochen und 442 Mark einfallig, die er in die eigene Tasche wandern ließ. Das Geld hat er dann in leistungswirksamer Gesellschaft durchgebracht. Als dem Schwindler in Baden der Boden zu heiß wurde, dampfte er ab nach dem Gluck, der Schweiz und ging schließlich nach Wien, wo er sich beim polnischen Konsulat meldete. Dort rief man ihm, zum Militär zu gehen, was er ablehnte. Alsdann nahm sich die Strafverfolgungsbehörde seiner an. Der Richter machte ihm darauf aufmerksam, daß er auf Grund seiner in Deutschland verübten Straftaten ausgewiesen werden könne. Solche unsunverlässigen Kaufleute brauchen wir in Deutschland nicht. Der Angeklagte

gibt die Beträge zurück und wurde zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. Auf die Strafe werden sechs Wochen Unterjugendhaft angesetzt.

Wenn man mit ungedeckten Schecks bezahlt

Im Karlsruhe, 19. Febr. Die jetzt in Köln wohnenden Eheleute Willibald B. hatten in Durlach die Wirtschaft zur guten Quelle gepachtet. Ihre Bierlieferungen bezahlten sie mit ungedeckten Schecks, die nicht eingelöst wurden, da kein Geld auf dem Konto war. Für eine Schuld aus Bierlieferungen in Höhe von 1500 M. überlieferten sie ihre Möbel zur Sicherheit, wobei sie verschwiegen, daß diese bereits an die Einzelhandelsbank überbetant waren. Unter Auflage wegen Betrug wurde jetzt gegen die Eheleute B. vor dem Einzelrichter verhandelt. Das Urteil lautet für den Ehemann auf sechs Wochen Gefängnis, für die Ehefrau auf 50 Mark Geldstrafe.

Der Gast, der nicht wankte und wick

Im Karlsruhe, 19. Febr. Der 24-jährige Zementeur Josef A. aus Darlanben schmeißt jetzt abends noch in eine Wirtschaft in der Birckstraße herein. Die Polizeibeamten war bereits vorbei. Es war niemand mehr im Lokal, nur Kegelbrüder verließen ihre Dividenben. Er knipste mit dem Wirt Verhandlungen an. In Sachen Herauslassen von Bier: „Der Wirt, so aut Du denken Bier gibst, wackst Du uns auch geben“. Der Wirt konnte und wollte aber nicht Bier geben. Andererseits konnte und wollte B. nicht geben. Er konnte nicht, weil Bierfässer im Wege standen, die er offenbar mit seinen Genossen in den Weg gerückt hatte. Der Wirt forderte wiederholt auf, die Wirtschaft zu verlassen. Schließlich erließ die Polizei. Schlussfolgerung: Strafbescheid wegen Sauberkeitsverstoß. Jetzt hatte der Richter über diesen Fall zu entscheiden. Die Sache ist klar, der Wirt hatte aufgefordert und der Angeklagte ging nicht. Daber war der Angeklagte zu verurteilen. Zwei Wochen Gefängnis zum Nachdenken über diesen Fall wurden angelekt.

Alkoholische Scherze

Im Karlsruhe, 19. Febr. Der 24-jährige Sägemesser Paul A. aus Langenb hatte in einer Wirtschaft in Pfaffenort aus der Kasse 5 Mark, Kleingeld, sowie Zigaretten gestohlen. Am 8. Oktober vertrat er mit einem arbeitslosen Zeugenessen die Arbeiterlosenunterstützung. Als schließlich die Mutter seines Freundes er sah, um ihren fast angetrunkenen Sohn abzuholen, gab er sich als Kriminalbeamten aus und erklärte, die Vorführung des Sohnes solle drei Mark. Wenn sie das nicht bezahle, müsse der Sohn von mehreren Beamten im Auto abgeholt werden, dann könne es 10 oder 12 Mark kosten. A. hatte sich jetzt wegen dieser Scherze vor dem Einzelrichter zu verantworten. Die Anklage lautete auf Diebstahl im Kleinfuß, Amtsamnung und Betrugserwerb. Der Angeklagte war geständig. Er hat die Verlesungen unter dem Einfluß des Alkohols begangen. Er hat eine stark heftige zur Trunktheit. Er war schon verschiedentlich in Trinkerheimen untergebracht, ohne daß die Entstehungsursachen eine Befürchtung brachten. Der ärztliche Sachverständige, Medizinrat Dr. Schmölzer, hält den Angeklagten für einen leicht schwachmütigen, minderwertigkeitsberühmten Menschen. Die Gewährung von Strafverlass müsse an die Bedingung geknüpft werden, daß er die Trinkerdelinquenz lasse. Das Gericht sprach eine Gefängnisstrafe von vier Monaten aus.

Die zwei um Hermine

Im Karlsruhe, 19. Febr. Zwischen den beiden Prozeßantrags dem Küfer G. und dem Holzschumacher B. aus Neuburgweiler hat das Mädchen Hermine die Wahl mit G. eingezogen. B. klatzte Hermine darüber auf, daß G. nicht nur betrogen habe, sondern auch schon im Zuchthaus war, dort Küfer gelernt habe und nur vom Diebstahl lebe. Das kam zu Ohren des G. G. hat jetzt beide vor Gericht. B. wegen Verleumdung des G. Hermine ist da. Als Jungfrau. Sie bestatigt, was B. für gelast hat. Der Richter stellt aus dem Mien fest: Es stimmt; G. war im Zuchthaus und lernte dort Küfer. G. hat ein hohesmütiges Charakter. Er will sich das nicht vorwerfen lassen. Hermine meint, er mit seinem hochentwickelten Verstand. B. gebore aus ins Zuchthaus, er sei nicht mehr wert. Das sagt er im Gerichtssaal. Der Richter meint: Wenn man so ein hochentwickeltes Charakter habe, müsse man auch die Ehre anderer achten — sonst nicht. Hermine lacht. Der Richter bekant, daß er auch schon im Zuchthaus tätig war. Er ist also im Bilde. Er kommt zu dem Urteil, daß auch entlassenen Strafgefangenen, die es schwer haben, nach ihrer Entlassung wieder ins bürgerliche Leben einzuführen. Einmalig gewährt werden müsse. Daber wurde B. wegen Verleumdung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Man sieht also, daß auch die Wahrheit eine Verleumdung sein kann.

Aus der Stadt Durlach

Die Eisene Front
Die Kundgebung der Eisernen Front am Samstag abend hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Gen. Steinbunn gedachte bei Eröffnung der Kundgebung zunächst der Gefallenen des Weltkrieges in kurzen aber wirkungsvollen Ausführungen. Die Versammlung widmete ihnen jodann sitzend stilles Gebeten. Hierauf trat der Männergesangsverein unter persönlicher, gewohnheitsreicher Stabführung seines Dirigenten Herrn Lehmann den prächtigen Tendenschor vor: „Wir führen das heilige Feuer“. Sodann ergriß der Referent des Abends, Gen. Oberstadtschulrat Rimmelmann-Karlsruhe das Wort, um in etwa dreiviertelstündigen prägnanten Darlegungen zu den wichtigsten ausen- und innenpolitischen Fragen die Stellung der „Eisernen Front“ zu präzisieren und die Tragweite dieser Fragen unter dem Gesichtspunkt der falgstichtigen Gefahr zu beleuchten. Mit einem fröhlichen Apell zum Anfschluß an die „Eiserne Front“ beendete der Referent seine vom warmem Feuer getragenen und mit großer Aufmerksamkeit anbeobachteten Ausführungen. Der Männergesangsverein brachte zum Schluß noch den „Tord Tolstojan“ wirksam zu Gehör. Zahlreiche Eintragungen zur „Eisernen Front“ bildeten die Frucht der Kundgebung.

Frauenversammlung
Genosin Stanzl-Karlsruhe sprach vor einer gut besuchten Frauenversammlung über die Abrüstungskonferenz und stellte gleich die Frage: Was kann die Arbeiterin von dieser Konferenz erwarten? Die Rednerin gab zunächst einen Lebensbild über den Rüstungsstand der einzelnen Länder. Da Deutschland notgedrungen ein Landher von 100 000 Mann unterhält, bestehen illegale Verbände. Anstatt den Friedenswillen zu befunden und diese illegalen Verbände zu verbieten, werden heute Nationalsozialisten zur Reichs-

mehr zugelassen. Die Rüstungsausgaben übersteigen in allen Ländern die Ausgaben für kulturelle Zwecke. Von den Kosten des Weltkrieges kann man sich kaum ein Bild machen, und wenn der Weltkriegshieron hatte, das seiste die Belegung der blutigen Rüstungsmateriale. Die Rüstungsmateriale der einzelnen Länder haben sich Enbifake und Truffs gebildet, sie haben die Preise gemeinam inflationsartig, brüderlich Pläne und Patente ausgetauscht. Ja, diese internationale Verflechtung wurde während des Krieges noch immer nationaler Verflechtung über das neutrale Ausland hinaus. Es wurde nicht nur Kriegsmaterial über das neutrale Ausland dem „Feind“ geliefert, sondern auch Rohmaterial ausgetauscht, denn sonst wäre der Krieg früher beendet worden. Diese Internationalität ist selber gefällig, als irgendeine Internationale der Arbeiterbewegung. Die Stravelloität dieser „nationalen“ Herren wankt wohl kaum überboten werden können. Das zeigt auch eine besonders ausserordentliche Schilberung des deutschen Kronenkrönigs und franzosifische Ehrenlegionär Krupp. — Eine harte Güte dieser am Krieges meist Interessierten ist die Preise durch ihre Beeinflussung, aber weil he ihr Darlehen geben. Auch dann, wenn die Beftausfahrungen der Rüstungsindustrie erfolgte, wie dies auf der Abrüstungskonferenz vorgeschlagen wurde, wäre die Kriegsgefahr nicht behoben, weil in einem kapitalistischen Staat immer mit Profit gearbeitet wird und daher auch ausgeführt werden muß. Die Kriegsgefahr ist behoben dann nicht beseitigt, wenn sämtliche Länder vollkommen abzurufen da jeder Betrieb in kurzer Zeit auf Kriegsinidustrie umgestellt werden kann. Für uns gibt es nur die Antwort: Unsere Sile ist unsere untere revolutionäre Bewegung, unser Kampf für den Sozialismus. Die ausmerklame Zuhörerhaft befohte den aufschreienden Abstrag mit Beifall. In der Ansprache kam noch zum Ausdruck, daß auf der Abrüstungskonferenz nicht die einzelnen Köpfer, sondern insbesondere nicht deren friedliebender Teil vertreten ist, sondern kapitalistische Regierungen, deren Delegierten lediglich die Interessen machen sich in unseren eigenen Kreisen nationalsozialistische Ideen vermerkt, die unter allen Umständen zu bekämpfen sind. Genosin Stanzl betonte in ihrem Schluswort nochmals die Notwendigkeit, den Kapitalismus und Nationalismus zu bekämpfen, um den Weg des Sozialismus zu erringen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die die Abrüstung in allen Ländern fordert.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1782 George Washington, Begründer der Unabhängigkeit der USA. — 1788 Philosoph Arthur Schopenhauer. — 1840 *Anastasevich. — 1848 Revolution gegen Louis Philippe. — 1919 *Kaiserreich in Bayern. — 1924 Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg.

Karlsruher Münze erhält von der Reichsbank große Prägeaufträge

3 Millionen kupferne Vierer werden diese Woche geprägt

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat die badische Münzstätte in Karlsruhe von der Reichsbank einen großen Auftrag zur Prägung von neuen „Vierer“-Kupfermünzen erhalten. Innerhalb wenigen Wochen sollen insgesamt 3 Millionen Stück Vierer im Gesamtwert von rund 122 000 Mark ausgeprägt werden. Dieser Auftrag stellt erst einen Teil des Gesamtbestandes dar, der in kurzer Zeit erfüllt werden dürfte.

Da sowohl die Karlsruher Münze, als auch die fünf anderen deutschen Münzstätten zur Zeit sehr stark mit der Herstellung und Ausprägung des Silberhaltigen beschäftigt sind, hat man zur Fertigstellung der Kupferplättchen ausnahmeweise Privatfabriken beauftragt, so daß die Karlsruher Münze bereits prägearbeitende Plättchen angeliefert erhält.

Der Arbeiterlohn der Münze ist erhöht worden und wird voraussichtlich auf mehreren Prägemaschinen gearbeitet werden. Man hofft, daß pro Tag etwa 100 000 neue Vierer ausgeprägt werden können. Die ersten Probestücke sind gestern fertiggestellt worden und zur Zufriedenheit ausgefallen, so daß die neuen Vierer in den nächsten Tagen in den Umlauf gehen werden können. Das neue Kupferstück besteht aus 95 Prozent Kupfer, 4 Prozent Zinn und 1 Prozent Zink. Nach Fertigstellung der Kupferstücke werden diese bankmäßig verpackt und verschickt und liegen im Tresor der Münze abzuheben. Die Reichsbank wird weitere Orders erteilen.

Soweit feststeht, wird die Karlsruher Münze nicht nur ganz Baden, sondern auch die Rheinpfalz, das Rheingebiet und die Gegend nordwärts bis Köln und Essen mit Kupfermünzen versorgen. Alle Münzen tragen das Münzzeichen „G“. Die Münze ist zur Zeit noch immer mit der Fertigstellung des großen Prägeauftrags von Zehnmarkstücken beschäftigt. Insgesamt für den Betrag von 6,1 Millionen Mark werden augenblicklich von der Karlsruher Münze Zehnmarkstücke hergestellt.

Nach einer neueren Aufstellung hat die Karlsruher Münze allein im vergangenen Jahre für einen Betrag von 8,1 Millionen Mark Zehnmarkstücke gefertigt. An Dreimarkstücken wurden für 1,8 Millionen Mark, gegenüber dem Jahre 1930 sind damit das vier- bis fünffache an Silberhaltigen zur Ausprägung gelangt. Von der Ausprägung von Einmarkstücken, sowie von 5- und 2-Pfennig-Stücken blieb die Karlsruher Münze bisher entbunden. Diese Münzen sind in den Münzstätten Stuttgart, München, Berlin und Hamburg, sowie Münzhütten in Sachsen angefertigt worden. Hingegen erhält die Karlsruher Münze Prägeaufträge von 50-, 1- und 10-Pfennig-Stücken. Der ausmachende Betrag an geprägten Zehnmarkstücken betrug im Vorjahre 30 000 Mark, an 10-Pfennigstücken 750 Mark und an 1-Pfennigstücken 26 222 Mark.

Auch für dieses Jahr stehen noch bedeutende Prägeaufträge bevor, so daß gegenwärtig schon die Münze in Tag- und Nachtschicht arbeiten muß. Im Tresorraum der Münze sind bereits beträchtliche Silber- und Kupferbarren gestapelt, die auf Verarbeitung warten. Es sind in den letzten Wochen größere Fein Silber- und Kupferbarren aus Bremerhaven unmittelbar nach Karlsruhe gelangt.

Der Volkstraueritag in Karlsruhe
Als äußeres Zeichen des Nichttrauerns weihen am heutigen Gedenktag den von den öffentlichen Gebäuden und zahlreichen Privathäusern die Trauerbänder. Um die Mittagsstunde veranstaltete der Volksbund für Kriegsangehörige im großen Festsaal eine offizielle Trauerkundgebung, an der als Vertreter der Reichsregierung Staatspräsident Dr. Schmitt und Innenminister Mager amtierten. Ferner waren die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadtverwaltung, des Bad. Kriegsbundes und der Wehrmacht anwesend. Saal und Galerie füllten Tausende aus allen Schichten der Bevölkerung. Nach einem Vortrag des Landesheimatschutzes unter Leitung des Generalinspektors Krings, Dr. Gisel und General der Leberechtigen Prof. Dr. Mittelstrass das Wort zu einer tiefgründigen, an Herz und Gemühen angehenden Ansprache.

Nach diesen eindrucksvollen Worten hörte die Versammlung ein Gedicht des Dichters „Ich hat“ einen Kameraden“ gesungen von der Leberechtigen. Mit einem Orchesterbeitrag fand die erhebende Kundgebung der Liebe und Trauer um die gefallenen Soldaten ihren Abschluß.

Der Stadtrat hat beschlossen
Beschlüsse Abgabe von Gastots an Erwerbslose. Die bisher schon den Hütlergeheimnissen eingeräumte Vergünstigung des Besuchs von Gastots zu einem verbilligten Preis wird mit sofortiger Wirkung auf Erwerbslose ausgedehnt, die Arbeitslosen- oder Kriegerunterstützung beziehen.

Erweiterung des Bürgerausschusses. An Stelle des aus der Deutschen Volkspartei ausgeschiedenen Stadterordneten Overtorstrass hat die Wähler rückt mit Amtsdauer bis zu den nächsten ordentlichen Gemeindevahlen (November 1934) der nächste der Deutschen Volkspartei anwesende Bewerber, Bildbauer Hugo Kromer, als Stadterordneter in den Bürgerausschuß nach.

Erweiterung und Neueinteilung der Gebühren für die Benützung der öffentlichen Krankenwagen. Mit Wirkung vom 1. März d. J. werden die Gebühren für die Benützung der öffentlichen Krankenwagen ermäßigt und wie folgt neu festgesetzt: Auf 50 Pf. für den Fahrkilometer innerhalb des Stadtgebietes und auf 70 Pf. für den Fahrkilometer für auswärtige Transporte, dazu als Vergütung für Fahrer und Beigeleitern 2 bzw. 3 RM. je Stunde. Es stellt sich künftig eine Fahrt innerhalb der Stadt für beidseitige je 80 Kilometer auf 5 RM. und eine auswärtige Fahrt bei 50 Kilometer auf 4 RM. gegenüber bisher 6 RM. bzw. 50 RM.

Ehrung. Der Tierarzt Dr. Karl Friedrich Klink Ehrenkrieger im Stadteil Kuppur wurde aus Anlaß der Feier der dimantenen Hochzeit eine Ehrengabe der Stadt, bestehend aus einem Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters, überreicht.

Die Nazi-Zettelankleber vor dem Schnellrichter

Wie wir am Samstag berichteten, wurden verschiedene Plakate der „Eisernen Front“ in der Nacht vom Freitag auf Samstag beschlagnahmt bzw. mit Streifen gemeinen Inhalts überklebt. Einige Nazis wurden dabei gestellt und von der Polizei dem Schnellrichter zugeführt. Die Verhandlung fand bereits am Samstag statt. Es handelt sich dabei um den 18-jährigen vorbestraften Maler Eugen Schwall aus Darzanden, den 19-jährigen Tapezierer Karl Hamut, den 24-jährigen verheirateten Kaufmann Adam Söder, den 23-jährigen verheirateten Hilfsarbeiter Albert Süsser und den 24-jährigen ledigen Koch Karl Burtart.

Sie haben na über Anklage teils in der Kaiserstraße, auf der Kaiseralle, in der Herren- und Erdbrunnenstraße Klebesetzel mit politischen Schlagworten auf die Ankündigungen der Verbände, die die „Eiserne Front“ gebildet haben, aufgeklebt, ohne daß diese Ankündigung der Klebesetzel politisch genehmigt gewesen wäre, was selbstverständlich nie erlaubt worden wäre. Es handelt sich um Vergehen gegen §§ 10 und 11 der Verordnung des Reichspräsidenten in der Fassung vom 6. Oktober und § 303 des Reichsstrafgesetzbuches.

Sie kennen

Der Angeklagte Schwall bestreitet, Klebesetzel angebracht zu haben. Er habe eine Anzahl dieser Zettel gefunden und sie weiter mit sich getragen; er habe sie mit nach Hause nehmen wollen und sei dann in der Kaiseralle festgenommen worden. Auch Hamut erklärt, keine Zettel angeklebt zu haben. Söder gibt zu, Klebesetzel im Besitz gehabt zu haben; er habe sie von einem Kollegen zum Ankleben erhalten, sei aber vorher erwischt worden. Süsser hat zwei Klebesetzel von Schwall bekommen und in die Tasche gesteckt. Burtart bestreitet, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er sei nur mit den anderen Angeklagten zusammengetroffen.

Es wurden zwei Polizeibeamte als Zeugen gehört. Nachts zwei Uhr beobachtete eine Polizeistreife Schwall mit den vier anderen Angeklagten beim Mühlpurger Tor. Schwall habe sich in verdächtiger Weise an der Plakatfäule zu schaffen gemacht. Er wurde verfolgt und bei der Schillerstraße einbestellt. Er hatte in jeder Hand Klebesetzel. Die Plakate der „Eisernen Front“ waren mit Klebesetzeln mit dem Text „Halbverdrängerte Juden- und Konservenfracht“ überklebt. Den Polizeibeamten war bekannt, daß von der NSDAP Klebefläpplage ausgegeben worden waren und hatten daher ein besonderes Augenmerk auf das Treiben der Angeklagten. Schwall und Hamut wurden in der gleichen Nacht festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert.

Der Vorsitzende stellt fest, daß teils von der NSDAP Strafantrag wegen Sachbeschädigung gestellt wurde. Der Staatsanwalt führt aus, daß sich am vergangenen Abend im „Goldenen Hirsch“ offenbar auf Verabredung verschiedene Angehörige der NSDAP getroffen haben, wobei die heute abend in der Festhalle stattfindende Versammlung der Verbände, die die „Eiserne Front“ bilden, betraffen und auch auf die Plakate, die öffentlich angehängt sind und zum Befehl der Versammlung einladen, hingewiesen wurde. Gleichfalls wurden die dem Gericht vorliegenden Klebesetzel an die dort erschienenen Leute verteilt, die offensichtlich auf Befehl des Angeklagten, die Klebesetzel auf den Plakaten anbringen mit dem Zweck, der Versammlung in der Festhalle einen gewissen Abbruch zu tun. Alle fünf Angeklagten mit Ausnahme des Burtart haben an der Versammlung im „Goldenen Hirsch“ teilgenommen und Klebesetzel in Empfang genommen. Tatsache ist, daß die Klebesetzel an verschiedenen Stellen, insbesondere in der Gegend des Ludwigsplatzes und in der Nähe des Mühlpurger Tores von Leuten, die sie im „Goldenen Hirsch“ empfangen haben, angeklebt worden sind. Die Angeklagten betreiten diejenige zu sein, die die Klebesetzel im „Goldenen Hirsch“ bekommen haben. Er beantragt gegen die vier anderen Angeklagten Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe, sowie Einweisung der Flugblätter, sowie des zur Tat gebrauchten Klebeschwamms.

Das Schnellgericht verurteilt Schwall im Sinne der Anklage zu einer Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt, daß bei Schwall festgestellt worden sei, daß er sich an der Plakatfäule zu schaffen machte, daß an der Plakatfäule Klebesetzel wurde und daß er im Besitz von Klebesetzeln war. Bei Hamut erweise dies nicht erwiesen. Bei Söder sind solche Plakate gefunden worden; es konnte ihm aber nicht nachgewiesen werden, daß er angeklebt hat. Da die Erhebungen einig gemacht werden mußten, ist der Sachverhalt sehr wenig klargestellt worden.

Verurteilung kommunistischer Flugblattverteiler
Im. Wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 6. Dezember 1931 hatten sich vor dem Schnellrichter drei Kommunisten, der 24-jährige ledige Schmied Magnus Graf aus Kirchheim, der 25-jährige vorbestrafter ledige Arbeiter Otto Rammann aus Dresden und der 25-jährige vorbestrafter verheiratete Handlungslehrling Ludwig Dack aus Karlsruhe zu verantworten. Sie werden beschuldigt, Flugblätter verteilt zu haben, die nicht 24 Stunden vorher der Polizeibehörde zur Kenntnis vorgelegt worden waren. Graf und Dack haben nach der Anklage am 18. Februar hier in der Bannwaldhalle und auf dem Janker u. Kuh-Weg an Passanten, sowie Angehörige der Fabrik kommunistische Flugblätter verteilt, in welchen Angelegenheiten des Staates erwähnt und zum Kampf gegen die derzeitige Regierung aufgefodert wird; sie enthalten Ausführungen, die sich mit dem Reichspräsidenten Hindenburg befassen und auftrufen zum Kampf gegen die Regierung: „Durch rote Einleit zu Macht. Für ein Sowjetdeutschland!“ Letzten Endes wird aufgerufen zur Wahlbeteiligung gegen Hindenburg und für den kommunistischen Kandidaten Ernst Thälmann.

Der Angeklagte Graf gibt an, nicht gewußt zu haben, daß die Flugblätter genehmigungspflichtig waren und gibt zu, die Flugblätter verteilt zu haben im Bannwald vor der Firma Janker u. Kuh. Er wisse nicht, woher sie stammen — sie hätten vor seiner Tür gelegen (1). Das bemerkt der Richter: „Das wird heute so gemacht. Sie brauchen mir nicht zu sagen, woher Sie die Flugblätter haben, aber Sie können, wenn Sie eine Strafe bekommen, sich bei denen bedanken, die Ihnen die Flugblätter vor Ihre Tür gelegt haben.“ Der Angeklagte Rammann erklärt, er habe keine Flugblätter verteilt. Der Angeklagte Dack räumt ein, Flugblätter verteilt zu haben. Von dem Inhalt habe er jedoch nichts gewußt, auch nichts von der vorgeschriebenen Genehmigung. Er habe sie von jemandem zum Verteilen bekommen; den Betreffenden

den kenne er persönlich nicht (?). Vorsitzender: „Sie konnten sich denken, daß die Sache nicht in Ordnung ist. Sie hätten sich erkundigen müssen, ob die Verteilung erlaubt ist. Sie hätten halt, Sie würden nicht erwischt.“

Es erging folgendes Urteil: Dack und Graf werden wegen unerlaubter Flugblattverteilung nach § 11 der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Rammann wird von der Anklage freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er Flugblätter verteilt hat. Die beschlagnahmten Flugblätter werden eingezogen.

Es handelt sich bei den Flugblättern auch um solche gemeinsten Inhalts gegen den Metallarbeiterverband, sowie Führer desselben und gegen die SPD. Also nicht etwa gegen die Nazi geht der Kampf, sondern gegen Sozialisten. Arme Teufel von Menschen lassen sich leider verführen, diese Schandarbeit zu vollbringen; sie müssen dafür ins Gefängnis, während die Auftraggeber sich im Hinterhalte befinden und gewissenlos zusehen, wie arme Proleten ins Gefängnis wandern. Die Drahtzieher erhalten dann eine russische Auszeichnung und die Verfälscher eine Strafe.

Die Polizei berichtet:

Falschgeld

Ein in der Oststadt wohnhafter Kaufmann erstattete die Anzeige, daß er durch Annahme eines außer Kurs gesetzten 50-Markstückes von einem Unbekannten geschädigt worden sei.

Haushaltungsbruch

In der Nacht zum Sonntag drang ein Student widerrechtlich in ein Haus der Südstadt ein, belästigte dort die Hausbewohner und zerstörte im Hausflur aufgelegte Blumenkörbe. Dem einschreitenden Polizeibeamten leistete er erheblichen Widerstand. Der Student wurde in das Bezirksgefängnis gesteckt.

Kuhstehrer

Ueber Sonntag mußten 21 Personen wegen Verübung von Kuhstehrerunten bzw. groben Unfug zur Anzeige gebracht werden. Auch wurden mehrere Personen wegen Trunkenheit vorübergehend in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Diebstähle

Neben einigen anderen Diebstählen gelangten der Polizei über Sonntag drei Fahrraddiebstähle zur Anzeige. Zwei herreroleser Fahrräder wurden aufgefunden.

- (1) **Trauernde Tod.** Der in weiten Kreisen bekannte kädtische Kraftwagenführer Friedrich Müllsch erlitt beim Waschen eines Unfall, wobei er sich einen komplizierten Unterschenkelbruch zuzog. Er wurde später von seinen Berufskollegen in hilfloser Lage gefunden. Wohl infolge der Kälte zog er sich eine doppelseitige Lungenentzündung zu, welche seinen frühen Tod herbeiführte. Friedrich Müllsch ist ein alter Gewerkschaftskämpfer gewesen. Im früheren Transportarbeiterverband, späteren Verkehrs- und auch jetzt im Gesamtverband stellte er seinen ganzen Mann. In der Sozialdemokratischen Partei arbeitete er ebenfalls mit und der Volksfreund verliert in ihm einen treuen Anhänger. Er hinterläßt seine trauernde Gattin und zwei Töchter. Die Feuerbestattung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr im Krematorium des Hauptfriedhofs statt.
- (2) **Eine außerordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Radiobundes** findet am Samstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Nebensimmer des „Salmen“ am Ludwigsplatz statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, weshalb zahlreicher Besuch erwartet werden darf.
- (3) **Wiederum: Unstimmigkeiten in der Schneiderwerkstatt.** Veranlaßt durch die in Nr. 12 unseres Blattes eingelangte Erwiderung auf die Berichtigung der Schneiderwerkstatt übergab uns letztere Organisation ihren Haushaltsplan für das Jahr 1932. Aus demselben ist zu entnehmen, daß nicht etwa 6000 Mark für reine Verwaltungskosten veranschlagt sind, sondern, daß die reinen Verwaltungskosten, einschließlich Druckkosten, Bürobedarf, Porto und Telefon etwa 2400 Mark betragen. Die Ausgaben an den Reichsverband des Deutschen Schneidergewerbes und an den Landesverband badischer Schneidermeister betragen 648 Mark. Außerdem sind an Ausgaben vorgesehen, Tagungen und Sachverständigen 670 Mark, Verschleißes und Unvorhergesehenes 172 Mark. Auch sei es nicht richtig, daß 173 Vertretungsmitglieder anwesend waren. Wir geben hiermit von dieser Festschließung Kenntnis und glauben aber nun, daß die Sache damit in unserem Blatte ihre Erledigung gefunden hat.

Colosseum. Am Samstag abend hatten die Ringkämpfe sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Brühlinger feigte gegen Brandenburg. Ohne Resultat blieben Keiner gegen Ditz sowie Schulz gegen Urbach. Vogatzba feigte über Neumann. Auch der gestrige Sonntag brachte wieder guten Besuch. Keiner und Mi-Moret waren sich ebenbürtig. Schulz dieses Vectors gegen Ditz, Urbach und Stotzenwald kämpften unentschieden. Der Entschiedenstampf zwischen Neumann und God fiel zugunsten des letzteren aus. Heute steht im Vordergrund der große Kampf Stotzenwald gegen Kopp. Ferner ringen Neumann gegen Schulz, Brühlinger gegen Vogatzba und God gegen Urbach.

Welterfeld
Wiederum Pleite der Naziverammlung
Man schreibt uns: Die NSDAP hatte auf Dienstag, den 16. Februar, zu einer öffentlichen Versammlung im Welterhof eingeladen. Aber welches Schauspiel? Im Welterhof selbst waren auf dringendes Bitten der Nazi eine Stunde vorher 9 Schwupps untergebracht und zwar aus Furcht vor der so verlästerten Eisernen Front. Die Versammlung sollte um 8 Uhr beginnen, aber wech Malheur! Es war niemand da. Endlich 10 Minuten vor 9 Uhr begann dann die Versammlung und der großmäulige Referent, ein gewisser Schirmer, stellte mit trübendem Auge wörtlich fest, daß es eine Affäre wäre, daß die hidsinnigen Spießhühner sich von den „Wellscholdaten“ der Eisernen Front nicht abhalten lassen, in die Versammlung zu gehen. Er begann dann sein „Referat“ über die Hindenburgwahl. Er gab dabei kund, daß ihr Adolp in den nächsten Tagen einen Kandidaten nominieren werde, der mit Sicherheit Reichspräsident würde und dann nicht ihr Adolp mit seinen Brauerhumbresimenten als Sieger durchs Brandenburger Tor. Weitere Worte konnte er nicht zusammenfinden, als Sieger durchs Brandenburger Tor. Weitere Worte konnte er nicht zusammenfinden, als Sieger durchs Brandenburger Tor. Weitere Worte konnte er nicht zusammenfinden, als Sieger durchs Brandenburger Tor. Weitere Worte konnte er nicht zusammenfinden, als Sieger durchs Brandenburger Tor.

Veranstaltungen

Verabend des Verkehrsvereins. Der schöne Erfolg seines Verab-

Montag, den 22. Februar 1932:

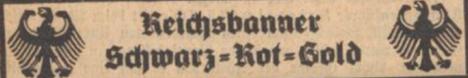
Badisches Landes-Theater: Der Graue. (Vollst. 20 Ubr.)

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der vergangene Sonntag fand wieder ausschließlich unter dem

Wasserstand des Rheins

Baden 55; Waldshut 157; Schutterlin 152; Kohl



Unser lieber Kamerad Friedrich Mütsch ist gestorben. Feuer-

Auskünfte der Redaktion

Sch. G. Im allgemeinen ist der Lebrherr verpflichtet, den Lehr-

Vereinsanzeiger

Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr Ausgehführung.

Partei-Nachrichten

Nielsen bei Vorarbeiten. Die sozialdemokratische Partei hatte zu

Gewinnauszug

5. Klasse 38. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

10. Ziehungstag 19. Februar 1932

Table with lottery results for 5th class, 38th Prussian-South German State Lottery, 10th drawing day.

2. Ziehungstag 19. Februar 1932

Table with lottery results for 2nd class, 38th Prussian-South German State Lottery, 10th drawing day.

Deutsche Musik im Ausland. Franz Philipp Kapella-Chöre

Was ist mit Oskar?

Am das neue Vorstandsmittglied der Hugenberg-Partei und

Russische Konjunktur und Wirtschaftskrise

Die russische Konjunktur, die von den sowjetrussischen Drahtier-

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Oppau (Sitzung vom 18. Februar)

Die Kostlieferung für das neue Schulhaus wird dem billigsten

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Unsere Kameraden die traurige

Grosse Auswahl Herren-Kleiderstoffe. Paletoi-Stoffe. Arthur Baer

Ohne Reklame gleich viel in welcher Form schläft das Geschäft

Volkshochschule Rastatt. Morgen Dienstag, 23. Febr., abends 8 Uhr

Colosseum. Heute 8.30 Uhr. Stolzenwald-Kop

Badisches Landes-Theater. Montag, 22. Febr. Der Graue

Mad-Anzüge. Mäntel, Überz. u. 10. An in 10. Gr. u. Farben

Ostasien unter Berücksichtigung der gegenwärtig. Lage. Jedermann willkommen

Abgabe von Miet. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die